

# **Glanz und Elend der deutschen Geschichte**

## **1945**

### **Band 3**

#### **Kriegsende ohne Frieden**

**Band 3/105: 31.01.1945 (Sowjetische "Befreiungsmission")**

Das Bundesarchiv Koblenz berichtet im Jahre 1974 über die sowjetische Entnazifizierung in den ostdeutschen Provinzen (x010/32): >>... Die Verhafteten wurden in Gefängnisse oder in sog. GPU-Keller verbracht und tage- und wochenlangen Verhören unter Bedrohung mit Schußwaffen unterworfen. Es fanden hier schwerste Mißhandlungen, in Einzelfällen mit Todesfolge, statt, um von den Verhafteten eine Unterschrift zu erzwingen, daß sie einer Parteiorganisation angehört haben, wie dies durch zahlreiche Aussagen übereinstimmend überliefert ist.

Die meisten der Verhafteten sind ... in die Arbeitslager der Sowjetunion verschleppt worden. Offenbar handelte es sich um Personen, die die von ihnen geforderte Unterschrift geleistet haben. Andere, von denen eine Erklärung über eine Zugehörigkeit zu NS-Organisationen trotz der Folterungen nicht zu erlangen war, wurden schließlich entlassen.<<

#### **Systematische Plünderungen und Zerstörungsaktionen**

Die sowjetische Militärführung hatte bereits im Dezember 1944 organisatorische Voraussetzungen für den Abtransport des Plünderungsgutes eingeleitet. Hinter der sowjetischen Kampffront wurden spezielle Postämter für den persönlichen Paketversand in die Sowjetunion eingerichtet und offizielle Sondergenehmigungen erteilt (x001/66E). Jeder "einfache" sowjetische Soldat durfte monatlich 2 Pakete (Höchstgewicht je Paket = 8 kg) per Post in die Heimat schicken (x028/89). Sowjetische Offiziere konnten die doppelte Menge versenden. Angesichts der Tatsache, daß die Rotarmisten außer ihrer schmalen Verpflegungsration nichts besaßen, mußten sie sich "notgedrungen" Kriegsbeute beschaffen, damit sie ihren Angehörigen überhaupt etwas schicken konnten.

Die zügellosen "Befreier" plünderten nicht nur hemmungslos, sondern vielfach zerstörten sie außerdem alles, was sie nicht gebrauchen oder mitnehmen konnten. Um die zugesagte Plünderungsfreiheit zu erleichtern, hetzte man die Deutschen tagelang in der näheren Umgebung ihrer Wohnorte herum. Viele "Plünderungsevakuierte" durften erst nach 8-14 Tagen in ihre Heimatorte zurückkehren.

Nach den Plünderungen und Zerstörungsaktionen konnte man einige Ortschaften fast nicht mehr erkennen. Wohin man auch blickte, überall sah man abgebrannte Ruinen oder Häuser mit zerschlagenen Fenstern und Türen.

In den Häusern und Wohnungen herrschten oftmals entsetzliche Zustände. Die Plünderer hatten alle Fenster und Türen zerschlagen oder eingetreten. Sämtliche Räume, vom Keller bis zum Dachboden, waren durchgewühlt und mutwillig verwüstet. In den Wohnungen lagen zersplitterte Porzellangefäße, Bilder, Lampen und Spiegel. Einige Räume waren z.T. kniehoch mit vernichteten Gegenständen angefüllt. Aufgeschlitzte Federbetten, Kleidungsstücke, Wäsche, zerbrochener Hausrat, Glas- und Porzellanscherben, verdorbene Lebensmittel aller Art und demolierte Möbel bedeckten die Fußböden.

Vielerorts lagen Einrichtungsgegenstände und Möbel vor den Häusern, weil man sie während der Plünderungen kurzerhand aus den Fenstern auf die Straße geworfen hatte.

Wertvolle Bilder, Klaviere, Ledermöbel, Teppiche, Standuhren und andere kostbare Vermögenswerte standen trotz Schnee, Regen oder Sturm ungeschützt an den Straßenrändern. Auf den Straßen flatterten verschmutzte Bilder, zerrissene Bücher und wertvolle Briefmarkensammlungen umher.

In den Ställen und Scheunen der Bauern sah es ebenfalls trostlos aus. Viele Viehställe und Scheunen waren vollständig leer, denn die sowjetischen Reparationskommandos hatten bereits alle landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte, den Viehbestand, Getreide- und Futtervorräte sowie Saatbestände in die UdSSR transportiert. Da mehrere Millionen Rotarmisten verpflegt werden mußten, wurde der Großviehbestand (Rinder, Schweine, Schafe und Ziegen) schnell drastisch reduziert.

Lew Kopelew (1912-1997) berichtet später in seinem Buch "Aufbewahren für alle Zeit" über die sowjetischen Plünderungen in Ostpreußen (x035/139): >>... Ostpreußen. Eine Frau mit blutigem Kopfverband, ein Mädchen auf dünnen, zitternden Beinen - und Soldaten, manche schimpfen hinter ihnen her, manche bedauern sie - einer beschützt sie, statt seinen Wagen mit Beute vollzupacken -, manche sehen gleichgültig zur Seite.

Von irgendwo, gar nicht weit, klingt vertrautes Grollen herüber: Artillerie. Außerhalb der Stadt wird gekämpft. Und wir sammeln hier "Trophäen". Beljajew und ich mit ihm, zusammen mit allen anderen Plünderern.

Wir gehören alle zusammen: der General, der auf dem Bahnhof das Einheimsen deutscher Koffer befahl, der Pionierleutnant, der an den Internationalismus glaubt, die Panzergrenadiere, die hinter der Polin herrannten, und alle, die jetzt dort an der vordersten Linie kämpften, ... alle die Königsberg erobern werden, die sterben, verbluten, und alle, die in den Etappen saufen und Frauen quälen.

Wir gehören alle zusammen. Die Anständigen und die Schufte, die Tapferen und die Feiglinge, die Gutherzigen und die Grausamen. Wir alle zusammen, da gibt es kein Entrinnen, niemals und nirgendwohin. Ruhm und Schande lassen sich nicht voneinander trennen.<<

Der deutsche Journalist und Schriftsteller Arno Surminski schreibt später über die sowjetischen Plünderungen und Zerstörungen in Ostdeutschland (x039/68-69): >>... Fassungslos standen wir damals vor den sinnlosen Zerstörungen, die in jedem Haus anzutreffen waren. Zertrümmerte Türen, eingeschlagene Fenster, umgeworfene Möbel, aufgeschlitzte Betten, Fotografien mit ausgeschossenen Augen, tote Katzen im Küchenschrank, verblutete Schweine im Schlafzimmer.

Die Rote Armee könnte längst in Berlin sein, wenn sie sich nicht so sehr mit dem Mobiliar aufhalten würde, lautete eine bittere Redensart jener Tage. Unermeßliche Werte gingen zu Bruch. Dinge übrigens, die in dem vom Krieg heimgesuchten Rußland dringend gebraucht wurden.

Bis heute kann ich es nicht begreifen, daß niemand dieser Zerstörungswut Einhalt gebot. Wenn schon nicht, um den Deutschen ihr schönes Mobiliar zu erhalten, dann wenigstens aus purem Eigennutz, um diese Werte nach Rußland zu schaffen. Erst später sind aus den weniger zerstörten westlichen Gebieten Güterzüge und Lastwagenkonvois mit Stühlen, Schränken und Badewannen nach Osten gefahren. ...<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1954 über die sowjetischen Plünderungen und Zerstörungen in den ostdeutschen Provinzen (x001/-66E-67E): >>**Plünderungen und Brandstiftungen**

Neben den Vergewaltigungen der Frauen und den Erschießungen, von denen vor allem die Männer bedroht waren, gab es auch Übergriffe, denen keiner der zurückgebliebenen Deutschen entrann und die, mochten sie auch im einzelnen als nicht so tragisch empfunden worden

sein, doch auf Grund ihrer allgemeinen Verbreitung die deutsche Bevölkerung stark in Mitleidenschaft zogen.

An erster Stelle stehen hier die unaufhörlichen Plünderungen und Beraubungen, die beim Einmarsch der Roten Armee begannen und noch lange unter der russischen Besatzung andauerten, so daß die zurückgebliebene ostdeutsche Zivilbevölkerung durch fortgesetzte Beraubungen ihrer persönlichen Habe weitgehend verarmte.

Das furchtbare Ausmaß, das die Plünderungen in den ersten Tagen und Wochen nach der Eroberung der ostdeutschen Städte und Dörfer angenommen haben, die systematische Gründlichkeit, mit der sie geschahen, läßt auf planmäßiges Vorgehen schließen. Zweifellos hatten die sowjetischen Truppen lange Zeit uneingeschränkte Plünderungsfreiheit. Nicht nur, daß die sowjetische militärische Führung ihre Soldaten gewähren ließ, sie ermunterte sie noch in ganz offensichtlicher Weise, sich an deutschem Eigentum zu bereichern, oder leistete durch gelenkte Maßnahmen Plünderungsaktionen Vorschub.

So spielten Plünderungsabsichten zweifellos eine wichtige Rolle, wenn in größeren Orten, z.B. in Königsberg, Elbing und Danzig, daneben auch besonders in pommerschen Städten die deutsche Bevölkerung nach dem Einzug der Russen in tagelangen Märschen in der Umgebung umhergetrieben wurde. Obwohl diese zeitweiligen Austreibungen mitunter durch die Nähe der Front bedingt waren oder auch anderen Zwecken, wie Verhören und Registrierungen dienten, so stand dabei doch offenbar die Absicht im Vordergrund, durch eine vorübergehende Entfernung der Bevölkerung aus ihren Wohnungen das deutsche Eigentum für die Beschlagnahme und Aneignung durch die sowjetischen Truppen freizugeben.

Bei diesen Aktionen hat zweifellos die Vorstellung eine Rolle gespielt, daß der einzelne russische Soldat auf seine Weise an einer Wiedergutmachung teilnehmen solle. Der Warenhunger von Menschen, die aus einem Lande kamen, in dem seit Jahrzehnten ein ungeheurer Mangel an Verbrauchsgütern bestand, trug das Seinige dazu bei, den ideologisch genährten Haß gegen alle Besitzenden zu offenen Raubhandlungen oder, was noch furchtbarere Wirkungen hatte, zu systematischen Zerstörungsakten zu steigern.

Viele Erlebnisberichte geben ein Bild nicht nur von Raub und Plünderungen, sondern auch von mutwilligen und fahrlässigen Vernichtungen, von Brandstiftungen in Wohnungen, Häusern, ja von der Niederbrennung ganzer Orte und Stadtteile. Da ein großer Teil der Wohnungen und Häuser leer stand, als die ostdeutschen Provinzen erobert wurden, gab es nichts, was die sowjetischen Truppen hätte hindern können, dort ganz nach ihrem Gefallen zu plündern und zu wüten. Diejenigen Deutschen, die von der Flucht zurückkamen, fanden in der Regel ihre Wohnungen in völlig ruiniertem Zustand vor.

Besonders dann, wenn die sowjetischen Truppen in Erfahrung gebracht hatten, daß der Besitzer dieses oder jenes Hauses Nationalsozialist war, oder wenn sie in verlassenen Wohnungen NS-Embleme, Bilder von deutschen Soldaten, Hitlerbilder o.ä. fanden, führten solche Entdeckungen in der Regel dazu, daß die Wut gegen die abwesenden Besitzer sich auf deren Wohnungen und Häuser übertrug, die meist nicht nur völlig verwüstet, sondern auch in Brand gesetzt wurden.

Die Verlassenheit der Orte in jenen Tagen hat dazu geführt, daß das Feuer von den einzelnen Häusern ungehindert auf ganze Straßenzüge und Stadtteile übergriff und Brände in großer Zahl wüteten. Manchmal gewinnt man geradezu den Eindruck, daß das Feuer von vornherein planmäßig gelegt wurde, um nicht nur einzelne Gebäude, sondern ganze Orte in Brand zu setzen.

So wurden in allen deutschen Provinzen jenseits der Oder und Neiße - am zahlreichsten wohl in Pommern - viele Güter, Dörfer und Städte in den Tagen nach dem Einmarsch durch Feuer ganz oder teilweise vernichtet. Unter den Großstädten war es vor allem Danzig, das zu großen Teilen durch Brände zerstört wurde, die an einzelnen Stellen vorsätzlich angelegt worden wa-

ren, und dann immer weiter griffen, da niemand dagegen einschritt.

Es ist erwiesen, daß durch die Zerstörungen und Brandstiftungen in den Tagen des Einmarsches der Roten Armee in Ostdeutschland größerer Schaden verursacht wurde als durch Bombenangriffe und Kampfhandlungen.<<

### **Die Zwangsverschleppung der Volks- und Ostdeutschen**

Im Dezember 1944 bzw. im Januar/Februar 1945 begannen in Jugoslawien, Rumänien, Ungarn, Polen und in den deutschen Ostprovinzen planmäßige Verschleppungsaktionen. Die Festnahme und anschließende Verschleppung der volks- und ostdeutschen Zivilisten begann nicht selten mit arglistigen Täuschungsmanövern. Arbeitsfähige Zivilisten wurden z.B. von den Sowjets aufgefordert, sich wegen angeblicher Registrierungen oder für "kurze Arbeits-einsätze im rückwärtigen Frontgebiet" zu melden. Diese Aktionen dauerten jedoch oftmals mehrere Jahre und endeten mehrheitlich in Sibirien.

Bei der Zwangsarbeiterauswahl spielte die Schuldfrage keine entscheidende Rolle. Es kam hauptsächlich darauf an, die vorgegebenen Verschleppungskontingente einzuhalten. Im allgemeinen verschleppte man Personen im Alter von 15-60 Jahren. Denunzierte NS-Parteimitglieder, Facharbeiter, kräftige oder gutgenährte Personen kamen zuerst an die Reihe. Falls nicht genügend arbeitsfähige Zivilisten "angeworben" werden konnten, wurden auch ältere oder jüngere Arbeitskräfte deportiert.

Im Verlauf der tagelangen Märsche in die sowjetischen Auffang- oder Sammellager mußten die Deportierten z.T. Entfernungen von 100-150 km zurücklegen. Falls die Verschleppten nicht genügend Proviant mitgenommen hatten, mußten sie notgedrungen jämmerlich hungern. Wer das Marschtempo nicht durchhalten konnte und zurückblieb, war meistens rettungslos verloren. In größeren Orten füllte man die gelichteten Kolonnen gewöhnlich wieder auf. Nicht wenige ahnungslose Ostdeutsche, die man kurzerhand auf offener Straße gewaltsam in die Marschkolonnen eingereiht hatte, marschierten plötzlich ohne Verpflegung und angemessene Winterkleidung nach Osten.

Nach den qualvollen Elendsmärschen kamen die Verschleppten völlig erschöpft in den sowjetischen Auffang- und Sammellagern an. In diesen Lagern wurden z.T. 1.000-10.000 Inhaftierte untergebracht. Die großen Deportationslager für den Abtransport der Ostdeutschen und Polen-Deutschen waren: Insterburg für Ostpreußen, Graudenz, Soldau und Zichenau für Westpreußen, Danzig und Sikawa für das westliche Polen sowie Posen, Beuthen, Krakau, Samor und Sanok für Schlesien und das südliche Polen.

Da die Sowjets nirgends genügend Güter- und Viehwagen bereitstellen konnten, waren alle Auffang- und Sammellager restlos überfüllt. In den Notunterkünften und Gefängniszellen herrschten katastrophale Zustände (unerträgliche Enge und völlig ungenügende Hygiene- bzw. Luftverhältnisse). Im Zuchthaus Bartenstein wurden z.B. 31 Frauen in einer Einzelzelle untergebracht. Die Verschleppten erhielten häufig tagelang nichts zu essen und zu trinken. In den Lagern fanden außerdem tagein und tagaus gefürchtete Verhöre statt, um Geständnisse zu erpressen.

Als der Abtransport in die UdSSR begann, reagierten viele Häftlinge sogar erleichtert. Die Deportierten konnten es sich damals einfach nicht vorstellen, daß ihr zukünftiger Lebens- bzw. Leidensweg noch wesentlich entsetzlicher werden sollte. Im allgemeinen trieb man durchschnittlich 40-55 Personen in die Vieh- und Güterwaggons. Frauen und Männer transportierte man größtenteils in separaten Waggons. In der Regel gab es dort weder Pritschen noch Stroh, keine Öfen und Aborte, sondern nur Schmutz und Schnee. Die abgemagerten Gefangenen wurden dermaßen eng zusammengepfercht, daß sie nicht einmal sitzen, geschweige denn liegen konnten.

Je weiter die Züge nach Osten rollten, desto kälter wurde es. In den Wintermonaten Januar bis März 1945 froren die nur notdürftig bekleideten Gefangenen entsetzlich. Die tödliche Kälte

forderte täglich zahllose Opfer. Nachdem sich die Reihen gelichtet hatten, wanderten die halberfrorenen Menschen in den ungeheizten Viehwaggons auf und ab, um nicht zu erfrieren. Die menschenunwürdige Unterbringung (Schmutz und Ungeziefer), Durst und Hunger quälte die Verschleppten von Tag zu Tag mehr. Im Verlauf der wochenlangen Schreckensfahrten erhielten sie oftmals nur völlig unzureichende Trinkwasser- und Verpflegungsrationen.

Obgleich die Gesundheit und das Leben der deutschen Zwangsarbeiter sehr gering eingestuft wurden bzw. völlig unbedeutend waren, ließen die sowjetischen Wachleute grundsätzlich keinen Deportierten entkommen. Die Wachposten stiegen damals regelmäßig auf die Güterwaggons und klopfen die Waggondächer und Waggonwände gewissenhaft nach gelockerten Brettern ab, um Fluchtversuche zu verhindern.

Die Lage der Kranken war hoffnungslos, denn sie erhielten mehrheitlich keine ärztliche Versorgung, Medikamente oder Verbandsmaterial. Im Verlauf der langen Verschleppungstransporte in die UdSSR verursachten der Kältetod und lebensgefährliche Krankheiten (Ruhr, Typhus, Gesichtsröse etc.) verheerende Verluste. Bei diesen Transporten kamen durchschnittlich bereits bis zu 10 % der deutschen Reparationsverschleppten ums Leben (x001/84E).

Die Zwangsarbeitslager befanden sich vorwiegend in den sowjetischen Industriebezirken am Ural, in den Don- und Donez-Gebieten, im Kaukasus, in der Nähe des Eismeer oder in Turkmenien (ca. 4.000 km von der bisherigen Heimat entfernt).

Diese Zwangsdeportationen verstießen eindeutig gegen die verbindlichen Völkerrechtsnormen der Haager Landkriegsordnung, denn Deportationen (Zwangsverschickungen von Menschen in Gebiete außerhalb des angestammten Siedlungsgebietes durch den eigenen Staat oder eine Besatzungsmacht) waren schon damals nur als "ordnungsmäßige Kriminalstrafe" und unter menschenwürdigen Umständen zulässig (x051/111, x077/39).

Die "Großen Drei" (der britische Premierminister Churchill, US-Präsident Roosevelt und der sowjetische Regierungschef Stalin) hatten sich bereits während der Konferenz von Teheran (vom 28.11. bis zum 1.12.1943) grundsätzlich über die politische Zukunft und das wirtschaftliche Schicksal des Deutschen Reiches geeinigt. Stalin forderte damals u.a. die Zerstörung der deutschen Schwerindustrie und mindestens 4,0 Millionen deutsche Zwangsarbeiter, die für den Wiederaufbau der UdSSR sorgen sollten (x043/394).

Churchill teilte dem US-Präsidenten Roosevelt am 24. November 1944 schriftlich mit (x025/-262): >>... (Mit der "Verschickung") von 2 oder 3 Millionen Nazis (als Zwangsarbeiter bin ich einverstanden).<<

Am 16. Dezember 1944 unterschrieb Stalin schließlich die völkerrechtswidrige Weisung 7161 des Staatlichen Verteidigungskomitees und ordnete damit die Deportation von arbeitsfähigen Volksdeutschen aus Jugoslawien, Rumänien, Ungarn, Bulgarien und aus der Tschechoslowakei zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion an (x046/279).

Am 3. Februar 1945 unterschrieb Stalin die völkerrechtswidrige Weisung 7467 des Staatlichen Verteidigungskomitees und ordnete damit die Deportation von arbeitsfähigen Volksdeutschen aus Polen und von Reichsdeutschen aus den deutschen Ostprovinzen zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion an (x046/279).

Churchill, Roosevelt und Stalin trafen sich vom 4. bis zum 11. Februar 1945 auf der Halbinsel Krim zur "Jalta-Konferenz". Bei dieser Konferenz vereinbarten "Die Großen Drei", daß die Sowjets deutsche Arbeitskräfte (als einen Teil der zugesagten Reparationen) in die Sowjetunion "schaffen" könnten (x010/19).

Die Zwangsverschleppung der deutschen Zivilisten geriet schon bald in Vergessenheit. In der Bundesrepublik Deutschland und der internationalen Öffentlichkeit wurde jahrzehntelang nicht über diese völkerrechtswidrige Versklavung der ost- und volksdeutschen Zivilisten berichtet.

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1961

## über die Zwangsverschleppung der Jugoslawien-Deutschen (x006/93E-96E): >>Die Deportation in die UdSSR

Die zur Zwangsarbeit in der Sowjetunion bestimmten Jugoslawiendeutschen wurden um die Jahreswende von 1944 auf 1945 deportiert. Davon war vor allem die im Banat und in der Batschka und Baranja ansässige Bevölkerung betroffen. Die Ausführung der Aktion, die Erfassung der arbeitsfähigen Jahrgänge, sowie der Transport zu den Verladebahnhöfen lag in den Händen der Partisanenkommandos.

Die Musterung auf Arbeitstauglichkeit wurde in der Regel kurz vor dem Abtransport durch russische Kommissionen vorgenommen. Es ist anzunehmen, daß der Verschleppungsaktion ähnlich wie in Ungarn und Rumänien russische Forderungen nach Arbeitskräften für den Wiederaufbau in den durch Kriegsschäden betroffenen sowjetischen Gebieten zugrunde lagen. Da es sich bei der Eroberung der Woiwodina durch die Rote Armee nicht um die Besetzung von Feindesland handelte, wie im Falle Ungarns, und sich die Beziehungen zwischen Sowjets und Jugoslawien zunächst ungleich enger gestalteten als die zwischen Sowjets und Rumänien, liegt die Annahme recht nahe, daß russische Forderungen zur Stellung von Arbeitskräften sich nur auf die deutsche Bevölkerung bezogen haben.

Ob hierüber Verhandlungen zwischen Tito und Stalin geführt wurden, ist jedoch unbekannt. Dem Partisanenregime bot sich auf diese Weise eine zusätzliche Möglichkeit, in der schon begonnenen radikalen Lösung des deutschen Problems weiter voranzuschreiten. Andererseits zeigte sich im Verlauf der Zwangsverschickung, daß die Partisanen an einzelnen Stellen den Abtransport von Handwerkern und Facharbeitern zu verhindern suchten, da ihnen an der Ausnutzung dieser Kräfte für den Wiederaufbau ihres Landes gelegen sein mußte.

Die Deportationen setzten schlagartig am 25.12.1944 ein; sie dauerten bis Anfang Januar 1945. Bei der Wahl des ersten Zeitpunktes war man wohl bestrebt, den Moment zu nutzen, an dem die Mitglieder der einzelnen Familien anlässlich der Feiertage zusammengekommen waren. Von der Aushebung betroffen waren die arbeitsfähigen Jahrgänge der deutschen Bevölkerung, Männer im Alter von 17 bis 45, Frauen im Alter von 18 bis 40 Jahren. Diese wurden in den Dörfern aufgefordert, sich auf den Gemeindehäusern einzufinden, wo sie von Partisanen erstmals registriert wurden.

Sodann folgte der Abtransport zu den Sammelstellen, der entweder sofort geschah oder nach kurzfristiger Entlassung der Betroffenen vollzogen wurde. Dabei gab man diesen Gelegenheit, warme Kleidung und Lebensmittel für ca. 14 Tage mit sich zu nehmen, die, wie gesagt wurde, zum Unterhalt für einen längeren Arbeitseinsatz innerhalb Jugoslawiens notwendig wären. In manchen Gegenden wurde Gepäck bis zu einem Gewicht von 200 kg zugelassen und empfohlen. Die zur Deportation Erfassten wurden zu den Sammelstellen zu Fuß unter Partisanenbewachung transportiert.

Die Sammelstellen befanden sich in den Städten mit günstigen Eisenbahnanschlüssen; in der Batschka waren dies Sombor, Apatin, Kula und Hodschag, im Banat Kikinda, Panschowa, Groß-Betschkerek und Werschetz. In diesen Städten und den ihnen benachbarten Ortschaften folgten auf die Aushebung unmittelbar Verladung und Abtransport. Aus ihnen wurden auch die arbeitsfähigen Insassen der Internierungs- bzw. Arbeitslager deportiert, soweit sie nicht auswärts zur Arbeit eingesetzt waren.

Dem Abtransport ging eine Musterung durch sowjetische Militärkommissionen voraus; in vielen Fällen war sie mit einer ärztlichen Untersuchung verbunden. Zurückgestellt wurden in der Regel nur Schwangere, Frauen mit Kleinkindern, offensichtlich Kranke und Körperbehinderte. Der Anteil der Frauen überwog sehr stark; zu den einzelnen Verschleppungstransporten gehörten häufig 6- bis 8mal soviel Frauen wie Männer, deren arbeitsfähige Jahrgänge zum größten Teil zu den Einheiten der Waffen-SS und Wehrmacht eingezogen waren.

Die Ausgehobenen blieben bis zum Abtransport und oft auch noch während der Fahrt über ihr

Schicksal im Ungewissen; es kam jedoch auch gelegentlich vor, daß sie nach der Musterung über die Deportation in die Sowjetunion unterrichtet wurden. Die kursierenden Gerüchte veranlaßten allerdings viele, sich mit warmer Winterkleidung einzudecken; Klarheit über das tatsächliche Reiseziel gewannen viele erst auch dem Überschreiten der rumänischen Grenze. Der Transport geschah in Güterwaggons, die nur notdürftig mit Stroh versehen und mit 30 bis 45 Personen belegt wurden.

Die Transportzüge, die auf den Verladebahnhöfen zusammengestellt wurden, waren 40 bis 50 Waggons stark. Das Begleitpersonal bestand aus russischen Soldaten, die sich während der Fahrt im allgemeinen korrekt verhielten. Die Waggons waren während der Fahrt durch Jugoslawien fest verschlossen und wurden erst nach dem Passieren der Grenze dann und wann auf offener Strecke oder an kleinen Stationen geöffnet. Die Versorgung mit Wasser und Lebensmitteln während der Fahrt war denkbar unzureichend, konnte jedoch teilweise durch "die mitgenommenen Vorräte ausgeglichen werden. Da kaum Brennmaterial für die in den Waggons aufgestellten kleinen Eisenöfen aufzutreiben war, erhöhten sich die Strapazen der Fahrt, so daß es zu zahlreichen Erkrankungen und vereinzelt Todesfällen kam.

Die Fahrt dauerte im Durchschnitt 15 bis 20 Tage und führte durch Rumänien, wo meistens in Jassy auf russische Breitspurwaggons umgeladen wurde. Das Ziel der Transporte war zumeist das Industrieviertel im Donezbecken, wo die Deportierten in Arbeitslager überführt wurden, die sich auf Städte und Kreisgebiete zwischen Charkow und Rostow verteilten.

Nach einer kurzen Ruhepause von acht bis vierzehn Tagen begann der Arbeitseinsatz. Unterschiedslos wurden Männer und Frauen zu schwerer Arbeit herangezogen.

Die Kräftigeren arbeiteten unter Tage, wo sie zunächst zur Instandsetzung der Gruben, dann in der Kohleförderung eingesetzt waren. Die anderen führten Aufräumarbeiten aus und waren, zunächst im Rahmen des Wiederaufbaus, auf Bauplätzen, Entladebahnhöfen, in Industriewerken, auf Sowchosen und Kolchosen usw. tätig. Gearbeitet wurde nach dem sowjetischen Leistungssystem.

Die Zuteilung der sehr knappen Lebensmittelrationen war abhängig von der Erfüllung vorgeschriebener, oft sehr hoher Arbeitsnormen. Von den baren Lohnzuwendungen verblieb nach dem Abzug der Unterbringungs- und Verpflegungskosten nur ein unbedeutender Rest, so daß eine formale Gleichstellung der Deportierten mit den russischen Arbeitern, soweit sie überhaupt bestanden hat, praktisch ohne Bedeutung blieb. ...<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1957 über die Zwangsverschleppung der Rumänien-Deutschen (x007/77E-80E): >> Anders als Ungarn oder die von den Sowjets besetzten deutschen Ostgebiete galt Rumänien nicht als "Feindesland". Die rumänische Regierung vermochte sich der von den Sowjets geforderten Stellung von Arbeitskräften für den Wiederaufbau in der Sowjetunion dennoch nicht ganz zu entziehen, doch wurde die Aktion im wesentlichen auf die arbeitsfähigen Jahrgänge der volksdeutschen Bevölkerung beschränkt.

Ob und wie weit die von der geflüchteten Volksgruppenführung unter Andreas Schmidt im November 1944 organisierten Sabotageaktionen hinter der russisch-rumänischen Front die Deportationspläne beeinflußt haben, muß dahingestellt bleiben. Sicher haben sie die Bemühungen volksdeutscher Politiker, die Verschleppung zu verhindern oder doch einzuschränken, ernsthaft beeinträchtigt.

Hans Otto Roth, der anerkannte Sprecher der Siebenbürger Sachsen, versuchte in den ersten Januartagen gemeinsam mit dem Banater Dr. Franz Kräuter, in direkter Aussprache mit Ministerpräsident Radescu wie durch Vermittlung der demokratischen Parteiführer Maniu und Bratianu, durch den Nuntius und über den jüdischen Politiker Dr. Fildermann eine Milderung, einen Aufschub der geplanten Deportationen zu erreichen. Doch blieben alle Interventionsversuche - auch anderer volksdeutscher Gruppen - erfolglos. Erste Meldungen über den Gang der

Gespräche hatten freilich beruhigend gewirkt, so daß der unvermittelte Beginn der Deportationen in Siebenbürgen um so überraschender kam.

Unter den Deutschen des Sathmar-Gebiets hatten die Deportationen schon am 2. und 3. Januar begonnen. Nachdem die Aktion in der Nacht vom 10. zum 11. Januar 1945 in Kronstadt und Bukarest angelaufen war, setzten die Aushebungen fast schlagartig im ganzen Lande ein. Im Gegensatz zu der wilden Menschenfängerei serbischer Partisanen in Süd-Ungarn vollzog sich die Deportation in Rumänien nach einem von den rumänischen Behörden sorgfältig vorbereiteten Plan.

Auf Grund der im Herbst durchgeführten Registrierung - zum Teil auch noch des in rumänische Hand gefallenen Nationalkatasters von 1941 - wurden Listen der Deutschen zusammengestellt, die in die zur Deportation vorgesehenen Altersklassen fielen: Männer von 17 bis zu 45, Frauen von 18 bis zu 30 Jahren; Übergriffe nach oben und unten waren vor allem auf dem Lande häufig.

Vor Beginn der Aktion wurden die Ortsausgänge vielfach durch Polizei, Militär, oder auch rumänische Freiwillige abgesperrt, Telefon, Telegraph und Eisenbahnbetrieb unterbrochen, so daß eine Flucht nur sehr begrenzt möglich war. In den Städten gingen gemischte rumänisch-sowjetische Patrouillen von Haus zu Haus, um die Betroffenen auszuheben; zum Teil wurden sie völlig unvorbereitet in den Straßen aufgegriffen. Die deutschen Einwohner auf den Dörfern wurden vielfach kurzerhand durch den Gemeindeboten oder Gendarmen aufgefordert, sich zu festgesetzter Zeit im Gemeindeamt oder in der Schule einzufinden.

Ein Großteil leistete schon der ersten Aufforderung Folge, wobei man oft an einen der üblichen kurzfristigen Arbeitseinsätze glaubte. Andere suchten sich zu verstecken, wurden aber durch die Razzien und Haussuchungen der folgenden Wochen nachträglich erfaßt; die Drohung, Eltern oder Verwandte als Geiseln zu verhaften, zwang manchen, sich freiwillig zu stellen. Dennoch gelang es nicht wenigen, sich der Deportation zu entziehen. Trotz der damit verbundenen Gefahren erwiesen sich die rumänischen Nachbarn, ja selbst rumänische Beamte und Offiziere in vielen Fällen über Erwarten hilfsbereit.

Die politische Haltung des einzelnen spielte bei den Aushebungen keine Rolle. Die Insassen der Internierungslager wurden ebenso betroffen wie die zum Teil aktiven deutschen Kommunisten des Industriezentrums Reschitza und die madjarisierten Schwaben des Sathmar-Gebiets. Selbst die noch in der rumänischen Armee dienenden Deutschen sollten ausgehoben werden, wurden allerdings zum Teil von ihren Vorgesetzten gedeckt. - Als die Aktion nach mehreren Wochen endgültig abgeschlossen wurde, waren insgesamt rund 75. 000 Volksdeutsche deportiert worden.

Das Schicksal der Ausgehobenen entsprach im allgemeinen dem ihrer Leidensgenossen aus Ungarn, aus Jugoslawien und den deutschen Ostgebieten, wenn sie auch als nominell "freiwillige" Aufbauarbeiter in Rußland im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten zum Teil günstiger behandelt wurden.

Von Sammellagern in den Aushebungsorten wurden die Zwangsarbeiter zu Fuß oder mit Lastwagenkolonnen und Fuhrwerken zu den nächsten Bahnstationen gebracht, um dort unter Bewachung sowjetischer Soldaten in vergitterte Viehwagen verladen zu werden. In mehrwöchiger Fahrt wurden sie - in Jassy oder Kischinew in russische Breitspur-Waggons umgeladen - in die sowjetischen Arbeitslager übergeführt. Die Mehrzahl fand in den Lagern des Donezbeckens um Stalino und Woroschilowgrad Unterkunft.

Ein Teil der Verschleppten kam allerdings schon diesseits des Dnjepr um Kriwoi-Rog und Dnjepropetrowsk zum Einsatz, während kleinere Gruppen bis in die Bergwerkslager beiderseits des Ural geführt wurden.

Schon auf der langwierigen Fahrt in den überfüllten, primitiv eingerichteten Waggons hatten Hunger und Kälte die ersten Todesopfer gefordert. Den ungewohnten Anforderungen der



schweren Arbeit unter Tage, bei Wald- oder Erdarbeiten waren viele gesundheitlich nicht gewachsen. Verpflegung und Bekleidung waren, zumindest in den ersten Jahren, sehr schlecht, so daß es trotz zum Teil fast wohlwollender Behandlung durch die sowjetischen Vorgesetzten zu zahlreichen Krankheits- und Todesfällen kam. ...<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1956 über die Verschleppung der Ungarn-Deutschen (x008/42E-44E): >>Da die Sowjetunion Ungarn als besetztes Feindesland betrachtete, wurden, ähnlich wie im deutschen Osten, Arbeitskräfte für den Wiederaufbau in der Sowjetunion aus dem besetzten Gebiet herausgezogen. Ob und wie weit die Zahl der Zwangsarbeiter durch Abmachungen zwischen der russischen Militärregierung und der provisorischen Nationalregierung in Ungarn begrenzt worden ist, kann heute noch nicht quellenmäßig belegt werden. Ebenso ist nichts darüber bekannt, ob gerade die Volksdeutschen in Ungarn für die Deportation in die Sowjetunion vorgesehen waren.

Die Eintreibung und der Abtransport der für die Verschleppung Bestimmten setzte wie in anderen Ländern gerade zu Weihnachten 1944 ein und dauerte bis Ende Februar; einzelne Nachzüglertransporte gingen noch im März und April ab. Die Aktion wurde in den einzelnen Gebieten des Landes in verschiedenen Formen durchgeführt, erfaßte aber nicht nur Deutsche, sondern weit mehr Madjaren; auch die anderen Minderheiten, einschließlich der Juden, wurden davon betroffen.

In Pest - dem Stadtteil Budapests links der Donau - das gerade zur Zeit der anlaufenden Verschleppungsaktion in die Hände der Russen fiel, und in den Orten östlich davon, die während der Belagerung der Hauptstadt Kampfgebiet waren, wurden alle Arbeitsfähigen, deren man habhaft werden konnte, zusammen mit deutschen und madjarischen Kriegsgefangenen nach dem Osten getrieben. Man zog sie in Lagern zusammen und transportierte sie mit den zurücklaufenden Leerzügen nach Rußland.

Obleich hierbei Personen mit deutschen oder deutsch klingenden Namen besonders stark der Gefahr ausgesetzt waren, von den Fangkommandos - russischen Soldaten oder madjarischen Kommunisten - aufgegriffen zu werden, so machten die Deutschen in der großen Zahl der aus dem Pester Raum Verschleppten doch nur einen kleinen Prozentsatz aus.

Einen wesentlich anderen Charakter trugen die Zwangsdeportationen im Süden des Landes, also in der Batschka und in der Schwäbischen Türkei. Hier wurden die Eintreibekommandos in der Mehrzahl von jugoslawischen Partisanen gestellt. Da durch den Rückfall des Baranya-dreiecks, der jugoslawischen Batschka und des westlichen Banats - also der Gebiete, die 1941 von Ungarn annektiert worden waren - an Jugoslawien die Grenzen in dieser Übergangszeit offenblieben, konnten die von einem fanatischen Deutschenhaß getriebenen Partisanen ungehindert nach Ungarn einströmen.

Sie waren es, die hier im Zusammenwirken mit ungarischen Kommunisten und fanatischen Nationalisten in der Zeit kurz nach dem Zusammenbruch eine mit dem übrigen Ungarn dieser Tage nicht zu vergleichende Gewalt- und Willkürherrschaft aufrichteten. In dem von ihnen usurpierten Machtbereich wurden vornehmlich Volksdeutsche von der Verschleppungsaktion erfaßt und planmäßig - die Männer bis 40 oder 45, die Frauen bis zu 35 Jahren - in kleine Lager zusammengetrieben und nach Baja oder eins der anderen Zentrallager Pécs oder Bácsalmás in Marsch gesetzt. Baja war als Sammellager für die Verschleppten des gesamten Südens außerordentlich geeignet, weil sich hier die einzige unzerstörte Donaubrücke des Gebietes befand. Von dort gingen ununterbrochen Transporte in die Sowjetunion ab.

Die Partisanen kamen in kurzen Streifzügen sogar bis vor die Tore von Budapest, um die einzelnen deutschen Gemeinden durchzukämmen. Da die Volksdeutschen an die Aufstellung von Arbeitskommandos inzwischen gewöhnt waren, ließen sie sich zunächst einreden, es ginge für 14 Tage zum Maisbrechen oder zu Aufräumarbeiten in die jugoslawische Batschka.

Die Gefährdeten wußten sich aber sehr bald auf die Lage einzustellen, sie suchten Schutz bei

befreundeten madjarischen Familien oder versteckten sich in der Umgebung des Dorfes und kehrten nach Beendigung der Aktion, die in der Regel nur wenige Tage dauerte, aber öfter wiederholt wurde, wieder in ihre Wohnungen zurück.

Die menschenunwürdige Behandlung der Deportierten auf den Transporten wie auch ihr weiteres Schicksal in den sowjetischen Zwangsarbeitslagern glichen bis in Einzelzüge hinein den Leiden, denen die ostdeutschen Zivilverschleppten in derselben Zeit unterworfen waren. Die Kälte in den ungeheizten Waggonen, mangelnde Verpflegung, Durst, der zum Trinken versuchten Wassers führte, epidemische Krankheiten wie Ruhr und Typhus, forderten schon auf der Reise, die in der Regel zwei Monate dauerte, die ersten Todesopfer.

In den Zielorten - meist Arbeitslager im Donezbecken - mußten die Unterkünfte sehr oft erst von den Lagerinsassen errichtet werden. Die schwere Arbeit in den Kohlschächten und die mangelhafte Ernährung zumindest der ersten Jahre verursachte weitere Verluste. ...<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1954 über die Zwangsverschleppung östlich der Oder-Neiße-Linie (x001/79E-84E): >>**Die Zwangsverschleppung ostdeutscher Zivilpersonen nach der Sowjetunion**

Vom Ablauf der Ereignisse und der Entwicklung der Zustände in Ostdeutschland zu trennen ist das Schicksal derjenigen Männer und Frauen aus den Gebieten östlich der Oder und Neiße, die schon in den Tagen nach dem Einmarsch der Roten Armee aufgegriffen und nach der Sowjetunion verschleppt wurden, wo sie, oft Tausende von Kilometern von ihren in Ostdeutschland verbliebenen Angehörigen entfernt, das harte Los der Zwangsdeportierten zu erleiden hatten.

Im Gegensatz zu den Erschießungen oder sonstigen Gewalttaten und Exzessen, die zu einem beträchtlichen Teil Willkürhandlungen einzelner sowjetischer Soldaten und Offiziere waren, handelt es sich bei der Zwangsdeportation ostdeutscher Zivilpersonen um eine systematisch betriebene Aktion, die von der obersten sowjetischen Führung geplant und in allen sowjetischen Armeebereichen jenseits von Oder und Neiße in gleicher Weise gehandhabt wurde.

Die zentrale Leitung und Planung dieser Aktion durch die sowjetische Führung ist daran erkennbar, daß schon seit Dezember 1944 auch in Rumänien, Ungarn und Jugoslawien viele Tausende von Volksdeutschen zusammengetrieben und nach Rußland, meist in das Industriegebiet am Donez und Don, in den Ural oder nach dem Kaukasus deportiert worden waren.

In den deutsch bewohnten Gebieten jenseits von Oder und Neiße begann die Verschleppung von Zivilpersonen vereinzelt bereits Ende Januar 1945 und wurde dann im Monat Februar systematisch in allen bis zu dieser Zeit von der Roten Armee besetzten Gebieten betrieben.

In diese Zeit, in der die Deportationen in Ostdeutschland anliefen, fiel die Konferenz von Jalta (4.-11. Februar 1945), auf der Stalin die Zustimmung der Westmächte zu erlangen vermochte, daß die UdSSR, nach dem Siege über Deutschland als einen Teil der ihr zugesprochenen Reparationen Arbeitskräfte aus Deutschland nach Rußland schaffen könne.

Diese interalliierte Abmachung kam zwar erst zustande, als die Deportationen im Südosten nahezu beendet und aus den Ostgebieten jenseits von Oder und Neiße schon viele Tausende von Deutschen nach der Sowjetunion unterwegs waren, dennoch gab sie eine Art Rechtsgrundlage, auf die sich die sowjetische Führung bei der Deportation großer deutscher Volksteile berufen konnte.

In Ostdeutschland erreichte die Verschleppung ihren Höhepunkt im Monat März 1945 und dauerte bis Ende April. Da bis zu diesem Zeitpunkt lediglich die östlich von Oder und Neiße gelegenen Gebiete in der Hand der Roten Armee waren, blieb die Verschleppungsaktion auf die Deutschen in diesen Gebieten beschränkt und griff nicht auf die spätere sowjetische Besatzungszone über.

Die Organisation der Verschleppung lag bei den Heeresgruppen der Roten Armee. Sie begann in den jeweils eroberten Gebieten im allgemeinen bereits zwei bis drei Wochen nach der Be-

setzung. Jede der vier sowjetischen Heeresgruppen, die an der Eroberung Ostdeutschlands beteiligt waren, betrieb in ihrem Bereich die Verhaftung der Deutschen und ihre Einlieferung in die Durchgangs- und Sammellager selbständig.

An ihrem Vorgehen zeigt sich, daß die Verschleppung weniger auf einem Plan zur Deportation bestimmter Personen und Personengruppen beruhte, sondern daß es vielmehr darauf ankam, möglichst schnell eine möglichst große Zahl arbeitsfähiger Deutscher zusammenzutreiben; denn offenbar war jeder der vier sowjetischen Heeresgruppen ein gleich hohes "Verschleppungssoll" auferlegt worden.

Da die Anzahl der in den einzelnen Provinzen östlich der Oder-Neiße in sowjetische Hand gefallenen Deutschen örtlich sehr verschieden war und manche Gegenden schon im Januar und Februar von russischen Truppen erfaßt wurden, andere erst, als die Deportationen zu Ende gingen, zeigte das sowjetische Vorgehen sehr verschiedene Grade der Härte.

Die einzelnen Heeresgruppenbereiche umfaßten folgende Teile des Gebiets jenseits von Oder und Neiße: Zum Bereich der Heeresgruppe Tschernjachowski gehörte Ostpreußen mit Ausnahme des Streifens westlich der Linie Elbing - Deutsch Eylau. In diesem Bezirk war Insterburg das Hauptsammellager für die zur Deportation vorgesehenen Deutschen und der Verladebahnhof für die Transporte nach Rußland.

Das Gebiet der Heeresgruppe Rokossowski umschloß den westlichen Sektor Ostpreußens, ganz Westpreußen und den östlichen Zipfel Pommerns bis etwa zur Linie Köslin - Flatow. Hauptsammellager für die Deportationen waren zunächst Ciechanów (Zichenau) und Soldau und ab Mitte März vor allem Graudenz, das erst am 5. März gefallen war.

Südlich daran grenzte der Bereich der Heeresgruppe Shukow, zu dem das westliche Polen, Ostbrandenburg und die westliche Hälfte Ostpommerns gehörten. Hauptsammellager und Ausgangspunkte für die Transporte waren hier Schwiebus in Brandenburg, Posen sowie Sikawa bei Lodz.

Den Abschluß bildete die Heeresgruppe Konjew, der ganz Schlesien und das südliche Polen unterstand. Sammelpunkte für die Deportation der Deutschen waren im oberschlesischen Industriegebiet das Lager in Beuthen und der Verladebahnhof Peiskretscham, ferner Lager, die in Krakau und den in der Gegend von Przemysl gelegenen Orten Sanok und Sambor eingerichtet worden waren.

Als Auffanglager dienten in der Regel Zuchthäuser und Gefängnisse, mitunter auch Kasernen oder Barackenlager. Die Umstände der Inhaftierung waren im allgemeinen überall die gleichen. Die arbeitsfähigen Männer und Frauen eines Ortes oder eines ganzen Kreises erhielten plötzlich Befehl, sich zu einem festgesetzten Termin an einem bestimmten Ort zu melden. Von dort aus begann der Transport oder Fußmarsch zu dem nächsten größeren Sammellager. Es folgten erneute Zusammenstellungen und die Beförderung in das Hauptlager, wo nach oberflächlicher Überprüfung des Gesundheitszustandes die zur Deportation Bestimmten in russische Güterzüge verladen wurden.

Die Aushebung und Verhaftung der zur Verschleppung bestimmten Menschen erfolgte grobenteils - vor allem in den Städten - durch Aufrufe, daß sich alle Männer bis zum 60. Lebensjahr zu melden hätten. In vielen Gegenden war die Verschleppung auch mit der Registrierung der deutschen Bevölkerung gekoppelt, die überall in den Wochen nach der Besetzung der einzelnen Orte vorgenommen wurde.

Da jedoch weite Gebiete besonders auf dem Lande auf diese Weise nicht erfaßbar waren, wurden Sonderkommandos der sowjetischen Armee gebildet, die den Auftrag hatten, aus den einzelnen Gebieten eine bestimmte Anzahl arbeitsfähiger deutscher Personen zusammenzutreiben und ihre Überführung in die Sammellager durchzuführen. Oft hielten diese sich nicht damit auf, eine Gegend planmäßig durchzukämmen, sondern trieben, um ihren Auftrag möglichst schnell zu erfüllen, aus einzelnen Dörfern nahezu alle erwachsenen deutschen Personen

zusammen, während andere Orte gänzlich von ihnen verschont blieben.

Am leichtesten hatten es die Deportationskommandos in Oberschlesien. Dort waren zahlreiche Bergleute und Industriearbeiter, die einst wegen ihrer Unabkömmlichkeit nicht zum Heeresdienst einberufen worden waren und denen aus dem gleichen Grunde die Flucht untersagt worden war, zurückgeblieben. In Gleiwitz, Beuthen, Hindenburg und anderen Städten des Industriebezirks wurden deshalb bald nach der Eroberung dieses Gebietes alle Männer von 17-50 Jahren interniert und in Lagern untergebracht. Ein erheblicher Teil von ihnen wurde über Beuthen, Peiskretscham oder Krakau nach Rußland transportiert.

Da Schlesien auch nach dem Einfall der Roten Armee die volkreichste der deutschen Ostprovinzen war, fand die russische Militärverwaltung hier genügend Menschen vor, um ihr "Verschleppungsoll" zu erfüllen. Die Heeresgruppe Konjew, der Schlesien unterstellt war, stand deshalb mit rund 62.000 deportierten Deutschen - überwiegend Männern - an der Spitze der vier Militärbereiche in Ostdeutschland.

Anders war die Lage in den übrigen Gebieten, ganz besonders in Ostpreußen. Dort griffen die sowjetischen Deportationskommandos zu den drastischsten Maßnahmen, um die ihnen auferlegte Zahl von Verschleppten zu erreichen.

Da Männer arbeitsfähigen Alters kaum noch im Lande waren und die Bevölkerung Königsbergs nicht in Betracht kam, weil um diese Stadt während der Hauptverschleppungszeit im Februar und März noch gekämpft wurde, sind in Ostpreußen in der Mehrzahl Frauen und Mädchen von 15-50 Jahren ergriffen und in das Sammellager Insterburg eingeliefert worden. Dabei kam es vor, daß zahlreiche Mütter von ihren kleinen Kindern getrennt und auch alte Leute verschleppt wurden. Dennoch blieb die Zahl der aus dem Armeebereich Ostpreußen (Tschernjachowski) Verschleppten weit unter denen aus den anderen sowjetischen Heeresgruppenbereichen.

Umfassende Nachforschungen darüber, wie viele ostdeutsche Zivilpersonen aus den einzelnen sowjetischen Heeresbereichen nach Rußland transportiert wurden und wie hoch die Gesamtzahl der nach Rußland verschleppten Ostdeutschen war, haben bisher ergeben:

<i>Anzahl der verschleppten Zivilpersonen</i>	
aus Schlesien (Heeresgruppenbereich Konjew):	62 000
aus dem westlichen Polen, Ostbrandenburg, der westlichen Hälfte Ostpommerns (Heeresgruppenbereich Shukow):	57 000
aus dem westlichen Sektor Ostpreußens, Danzig-Westpreußen und aus der östlichen Hälfte Ostpommerns (Heeresgruppe Rokossowskij):	55 000
aus Ostpreußen (Heeresgruppenbereich Tschernjakowskij):	44 000
<b>Gesamtzahl der nach Rußland verschleppten deutschen Zivilpersonen aus den Gebieten ostwärts von Oder und Neiße:</b>	<b>218 000</b>

Mit Schwierigkeiten besonderer Art hatten es die sowjetischen Deportationskommandos in den Gebieten Polens zu tun. Dies lag daran, daß die polnischen Behörden unmittelbar nach der Besetzung des Landes durch sowjetische Truppen einen sehr großen Teil der deutschen Bevölkerung in polnischen Straf- und Arbeitslagern sowie in Gefängnissen interniert hatten. Die russischen Deportierungsabsichten stießen hier erstmalig mit polnischen Tendenzen zu-

sammen.

Jedoch setzte sich die sowjetische Armeeführung in der Regel gegenüber den Polen durch. Die russischen Deportationskommandos erschienen in den von den polnischen Behörden und Sicherheitsorganen errichteten Internierungslagern für Deutsche und suchten sich arbeitsfähige deutsche Internierte heraus, um sie nach Rußland zu deportieren.

Die Vorgänge im Zusammenhang mit der Deportation brachten über die Betroffenen schlimme Leiden. Schon die oft tagelangen Märsche nach den Sammellagern und die dabei erduldeten Drangsalierungen durch die russischen, teils auch polnischen Begleitmannschaften forderten zahlreiche Opfer unter den für die Verschleppung vorgesehenen Deutschen.

Als eine besondere Plage erwiesen sich ferner die fortgesetzten Verhöre, die die Verhafteten auf den Zwischenstationen und in den Sammellagern über sich ergehen lassen mußten. Aus ihnen läßt sich schließen, daß die Sowjets offenbar bemüht waren, den Deportationen eine formalrechtliche Grundlage zu geben. Konnte man den Verschleppten keine Zugehörigkeit zu nationalsozialistischen Organisationen nachweisen, so wurde versucht, irgendwelche anderen belastenden Geständnisse aus ihnen herauszupressen, die als Grund für die Verschleppung gelten konnten.

Besonders in den Gefängnissen von Insterburg und Graudenz wurden bei diesen Verhören Gewalttaten schlimmster Art begangen. Infolge schwerer Drangsalierungen, unzureichender Verpflegung und durch Krankheiten starben bereits in den Sammellagern viele Hunderte der Verschleppten.

Andere befanden sich in einem Gesundheitszustand, der selbst den sowjetischen Kommandanten einen Bahntransport nach Rußland nicht geraten erscheinen ließ. Dies galt vor allem für die vielen alten Leute, die von den Deportationskommandos in die Verschleppungslager eingeliefert worden waren. Viele dieser Alten und Arbeitsuntauglichen wurden, sofern sie nicht infolge der Anstrengungen und Entbehrungen in den Lagern starben, nach Monaten wieder entlassen.

Als Ende April keine weiteren Deportationen nach Rußland mehr erfolgten, wurden die hierfür errichteten Sammellager teils aufgelöst, teils auch den Polen übergeben. Besonders die Lager Graudenz, Posen und Sikawa spielten später unter polnischer Verwaltung als Internierungs- und Zwangsarbeitslager eine verhängnisvolle Rolle.

Die zweite verlustreiche Etappe der Deportation stellte der Transport nach Rußland dar. In regelmäßigen Abständen wurden von den Hauptverladestationen aus Transportzüge zusammengestellt, die durchschnittlich je 2.000 Verschleppte aufnahmen. Die Fahrt zu den Arbeitslagern in Rußland dauerte im allgemeinen 3-6 Wochen.

Während dieser Zeit wurden die Verschleppten nur völlig ungenügend mit Nahrungsmitteln und Wasser versorgt, und da die ersten Transporte noch im Februar abgingen, wirkte sich auch die Kälte unter den vielen oft unzureichend bekleideten Menschen verheerend aus. Die Sterblichkeit auf der Fahrt nach Rußland war deshalb allgemein sehr hoch, mitunter betrug sie 10 Prozent der Deportierten.

Die Arbeitslager, denen die Transporte zugeleitet wurden, lagen über ganz Rußland verstreut. Sowohl nach dem Eismeer im Norden wie nach dem Kaukasus im Süden, ja sogar bis nach Turkmenien wurde die aus Ostdeutschland verschleppte Zivilbevölkerung befördert. ...<<

**Reichs- und volksdeutsche Verschleppungsoffer, die aus den Deportationsgebieten Ost-Mitteleuropas sowie aus den Besatzungszonen der alliierten Siegermächte in die Sowjetunion verschleppt wurden**

Deportationsgebiete	Anzahl der Verschleppten	%	Verschleppungsverluste
Ostpreußen	44.000		19.800
Ostpommern	49.000		22.000
Ostbrandenburg	17.000		7.700
Schlesien	62.000		27.900
Deutsche Ostprovinzen	172.000	1)	77.400
Memelland	10.000	2)	1.000
Danzig	12.000		5.400
Polnische Gebiete des Reichsgaues Danzig-Westpreußen	8.000		3.600
Reichsgau Wartheland, Ostoberschlesien und Generalgouvernement	26.000		11.700
Polnische Gebiete	46.000	3)	20.700
Jugoslawien	30.000	4)	13.500
Rumänien	75.000	5)	33.700
Ungarn	35.000	6)	15.800
Balkan	140.000		63.000
Deutsche Siedlungsgebiete im Ausland	196.000		84.700
Ost-Mitteleuropa	368.000		162.100
Aus den deutschen Reichsgebieten verschleppte Rußland-Deutsche (sog. Zwangsrepatriierte)	300.000	7)	111.000
Aus der SBZ verschleppte "Straftäter"	40.000	8)	8.800
In die UdSSR verschleppte Reichs- und Volksdeutsche	708.000	10)	281.900
Innerhalb der Sowjetunion "umgesiedelte" Rußland-Deutsche	900.000	9)	239.000
Insgesamt	1.608.000		520.900

**Quellen:** 1) - 3) = x001/83E,87E, x026/91, 4) - 6) = x006/96E, x007/79E, x008/44E, 7) - 10) = x026/31,63,91.

Das Bundesarchiv Koblenz berichtete im Jahre 1974 (x010/34): >>Die Anzahl der in die Sowjetunion als "Reparationsverschleppte" sowie "Vertragsumsiedler" verbrachten Deutschen aus den Gebieten östlich der Oder und Neiße dürfte mehr als 400.000 Menschen betragen haben, wovon ca. 55 % überlebten. Demnach wären in den Lagern und auf Transporten ca. 200.000 verstorben ...<<

Kurt W. Böhme ("Gesucht wird ... Die dramatische Geschichte des Suchdienstes", S. 275) ermittelte sogar rd. 874.000 deutsche Zivilisten, die wahrscheinlich nach Sibirien und Zentralasien verschleppt wurden. Von diesen Deportierten kamen ca. 341.000 in der UdSSR um (x026/91).

Dr. Gerhard Reichling (langjähriger Mitarbeiter des Statistischen Bundesamtes) ermittelte zum "Themenkomplex Verschleppung" für die Vertreibungsgebiete in Ost-Mitteleuropa (ohne reichsdeutsche Bombenevakuierete und Dienstverpflichtete) folgende Zahlen (x037/60): 1.660.000 Reichs- und Volksdeutsche (613.000 Frauen, 796.000 Männer und 251.000 Kinder) wurden damals in sowjetische Deportationslager verschleppt. Während der sowjetischen Verschleppungsaktion kamen etwa 580.000 Deutsche (226.000 Frauen, 258.000 Männer und 96.000 Kinder) um.

Der deutsche Journalist und Schriftsteller Arno Surminski berichtet später über die Deportationen in Ostpreußen (x039/69): >>Die Verschleppung ... vollzog sich in einer unterkühlten, unblutigen Weise, was die Grausamkeit keineswegs milderte. ... Die meisten Männer, die

Flucht und Front überlebt hatten, aber auch zahlreiche arbeitsfähige Frauen wurden davon erfaßt. Sie marschierten unter Bewachung ins nächste Sammellager, in dem Transporte nach Rußland vorbereitet wurden.

Sinn dieser Aktion war es offenbar, deutsche Arbeitskräfte zum Aufbau des zerstörten eigenen Landes heranzuziehen. Außerdem sollte die Entfernung der Männer wohl sicherstellen, daß keine Partisanentätigkeit hinter der Front aufflackerte.

Die Verschleppung erfolgte zu einer Zeit, als die Menschen glaubten, das Schlimmste sei vorüber. Es herrschte schon wieder Ruhe, man lebte zurückgezogen auf den Höfen, vom direkten Krieg war kaum noch etwas zu spüren. Plötzlich tauchten kleine Trupps von Soldaten auf. In Begleitung einer Dolmetscherin gingen sie von Haus zu Haus. Es folgten Verhöre ... Nur Krankheit oder sehr hohes Alter konnten einen Mann davor bewahren, verschleppt zu werden. Erschütternde Szenen haben sich weit hinter der Front angespielt, von niemandem bemerkt, in keiner Zeitung, in keiner Chronik erwähnt.

Zahlreiche Soldaten der russischen Sondereinheiten sah man es an, daß es ihnen weiß Gott keinen Spaß machte, ... Familien auseinanderzureißen. ... Es gehört zu den schrecklichen Erfahrungen, die nicht nur wir Deutschen, sondern alle Teilnehmer des Zweiten Weltkrieges gemacht haben, gemacht haben sollten, daß übergeordnete Befehle die Menschen zu Handlungen bringen können, die sie aus eigenem Antrieb nie getan hätten.

Die Verschleppungen vollzogen sich in einer beängstigenden Lautlosigkeit. Es gibt über sie kaum Fotomaterial und keine dokumentarischen Berichte. Tausende sind spurlos vom Erdboden verschwunden. Verschleppte hatten geringere Überlebenschancen als die regulären deutschen Kriegsgefangenen, denn die meisten von ihnen waren alt und kränklich, überlebten nicht einmal den Transport nach Rußland.

Erschütternd zu sehen, wie viele dieser Menschen im festen Glauben an ihre Unschuld ins Verderben gerieten. Sie dachten noch in hergebrachten Maßstäben. Wer niemand geschlagen, getötet, betrogen oder bestohlen hat, ist nicht schuldig. ...<<

Der deutsche Historiker Herbert Mitzka schreibt später in seinem Buch "Zur Geschichte der Massendeportationen von Ostdeutschen in die Sowjetunion im Jahre 1945" (x024/100): >>...

Es ist eine Tatsache, daß heute in der westdeutschen Bevölkerung erhebliche Informationsdefizite über die Deportations- und Vertreibungsverbrechen bestehen, die 1945 im Osten begangen worden sind. Zwar ist das Faktum der Vertreibung vor allem in der älteren Generation noch bekannt, aber die Massendeportationen von Ostdeutschen aus den Gebieten jenseits der Oder und Neiße und von Volksdeutschen aus Südosteuropa in die Sowjetunion in einer Größenordnung, die dem jüdischen Bevölkerungsanteil in Deutschland im Jahre 1933 entspricht, sind nicht nur den Durchschnittsbürgern, sondern erstaunlicherweise auch den meisten Intellektuellen in der Bundesrepublik unbekannt geblieben.

Die Presse der Heimatvertriebenen hat letztlich nur Aufklärung und Information über diese Problematik bei denen betreiben können, die es eigentlich schon von Anfang an gewußt haben. Auch waren viele Verbrechen, die in diesem Zusammenhang von den überlebenden Opfern berichtet wurden, so haarsträubend, daß sie von den Westdeutschen für übertrieben gehalten und deshalb teilweise nicht geglaubt wurden.<<

Der deutsche Historiker Andreas Hillgruber (1925-1989, seit 1965 Prof. in Marburg, Freiburg und Köln) berichtet später über die Verschleppung der Reichs- und Volksdeutschen aus Ost-Mitteleuropa (x024/102): >>Gegenüber der Flucht und Vertreibung, die vielfach beschrieben wurden, ist die Deportation von ca. 500.000 Deutschen ... ins Innere der Sowjetunion zu sehr in den Hintergrund getreten, obwohl gerade diese Seite der Eroberung des deutschen Ostens wie der übrigen ostmitteleuropäischen Gebiete charakteristisch für das stalinistische System des Sowjetkommunismus war. ...<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtet später über die Ver-

schleppung der Reichs- und Volksdeutschen aus Ost-Mitteleuropa (x160/3,5): >>Nach Massenmord und Massenflucht war die Verschleppung zur Zwangsarbeit der dritte Apokalyptische Reiter, der über die Vertreibungsgebiete hinwegfegte. Auf der Jalta-Konferenz im Februar 1945 hatten Churchill und Roosevelt Stalin zugestanden, unter der ostdeutschen Zivilbevölkerung auf Sklavenjagd zu gehen.

"Reparations in kind" – Reparationen in Sachleistung, so nannte man in London und Washington diesen Rückfall in die Barbarei. Besonders entsetzt reagierte der spätere US-Chefankläger in Nürnberg, Robert H. Jackson. Er mußte nämlich in den Kriegsverbrecher-Prozessen wegen des gleichen Deliktes anklagen. ...

>>... Von Hunderttausenden deutscher Zwangsarbeiter überlebte ... nur etwa jeder zweite (genau: 55 %).<<

Robert H. Jackson (1892-1954, nordamerikanischer Hauptankläger im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß), der das NS-Regime konsequent bekämpfte, kritisierte später die nordamerikanische Zustimmung zur Sklavenarbeit im Osten (x025/125): >>Was die Welt braucht, ist bestimmt nicht die Idee, die einen aus den Konzentrationslagern herauszuholen und die anderen hineinzustecken, sondern die Konzentrationslager selbst müssen abgeschafft werden. ... Das wirkliche Problem bei der Verschickung von Arbeitskräften wird sein, daß sie niemals wiederkommen. ...<<

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Dr. Alfred M. de Zayas berichtet später über die Verschleppung der Reichs- und Volksdeutschen in die Sowjetunion (x039/143-144): >>Ein Sonderkapitel der Flucht bietet die Verschleppung deutscher Zivilpersonen zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion, denn gerade aus Angst vor diesen Deportationen ergriffen viele Ostdeutsche die Flucht.

Von den zurückgebliebenen oder unterwegs überrollten Ostpreußen, Pommern, Brandenburgern und Schlesiern wurden 218.000 verschleppt. Mehr als 100.000 kamen bei den Strapazen um oder erlagen der Kälte oder dem Hunger. Außer den Reichsdeutschen wurden auch Hunderttausende von Volksdeutschen aus Polen, Rumänien, Jugoslawien und Ungarn als sogenannte "Reparationsverschleppte" deportiert. Auch bei ihnen lag die Sterbeziffer um 45 Prozent.

Der Begriff "Reparationsverschleppte" besagt, daß die Siegermächte Reparationen aus Deutschland in der Form von Arbeitsleistungen forderten. Die Frage wurde auf der Jalta-Konferenz (4.-11. Februar 1945) erörtert und die Entscheidung in einem von Churchill, Roosevelt und Stalin unterzeichneten Protokoll vom 11. Februar 1945 festgehalten, wonach "Reparations in kind" anstelle von Geldreparationen aus Deutschland zu nehmen seien. Der Begriff "Reparations in kind" wurde dahingehend definiert, daß Lieferungen aus der laufenden deutschen Produktion, Demontage deutscher Industrien und Verwendung deutscher Arbeitskräfte eingeschlossen waren.

Eine Reparationskommission mit einem sowjetischen, einem amerikanischen und einem britischen Mitglied wurde in Moskau gebildet. Daher tragen die westlichen Alliierten auch die Mitverantwortung an dem Massensterben der deutschen Reparationsverschleppten.

Die Verschleppungen begannen allerdings bereits vor der Konferenz von Jalta, also lange vor der Absprache mit den Westalliierten. Für die Volksdeutschen im rumänischen Banat und in Siebenbürgen begannen sie im Herbst 1944, für die Ostpreußen im Januar 1945. ...

Die Umstände der Internierung und die Transporte in russischen Güterzügen waren erbärmlich. Männer von 17 bis 60 Jahren, Frauen von 15 bis 50 Jahren wurden erfaßt; wobei viele junge Mütter von ihren Kindern getrennt wurden.

Nach der Ankunft in den Arbeitslagern mußten die erschöpften Menschen schwere körperliche Arbeiten leisten, so in Kohlengruben, Ziegeleien, Panzerfabriken, beim Kanalbau und im



Steinbruch. Nur wenn sie sehr krank und arbeitsunfähig waren, wurden sie frühzeitig nach Deutschland zurückgeschickt. Die anderen folgten erst 1947, 1948, 1949 oder noch später. Von den Millionen Vertriebenen haben die "Reparationsverschleppten" am meisten gelitten, denn sie verloren nicht nur die Heimat, sondern leisteten jahrelang Sklavenarbeit, wie die Besiegten in der Zeit der ägyptischen Pharaonen. Rund die Hälfte dieser Sklaven des 20. Jahrhunderts ist umgekommen. ...<<

### **Stalins Liquidationspolitik**

Es war eine beschämende Tatsache, daß Stalins Armeeführer das Millionenheer der Roten Armee nicht angemessen überwachten, sondern die aufgehetzten Soldaten völlig straffrei gewähren ließen. Der weitverbreitete Alkoholismus und die absolute Straffreiheit verursachten vielerorts verheerende Befreiungskatastrophen.

Während des Zweiten Weltkrieges setzte man erstmalig in der Geschichte der Neuzeit eine reguläre Armee vorsätzlich gegen schutzlose Angehörige (Frauen, Kinder und alte Menschen) des Gegners ein. Nach Stalins Anordnungen hatte jedes weibliche deutsche Wesen den Soldaten der Roten Armee "zur Verfügung" zu stehen. Dieser Stalinbefehl wurde von gefangenen sowjetischen Soldaten und Offizieren ausdrücklich bestätigt (x010/33). Diese neuartige "Kampftaktik" war unfehlbar, denn für einen derartigen "schmutzigen Krieg" gegen Zivilisten benötigte man weder zusätzliche Munition noch Treibstoff.

Vor allem die sowjetischen Nachschubeinheiten, in denen man überwiegend politische Kaderabteilungen und fanatische Kommunisten (sog. "Stalin-Schüler") einsetzte, führten Stalins Liquidationspolitik befehlsgemäß aus. Obgleich im Verlauf des deutsch-sowjetischen Ostkrieges nie Gebiete östlich des Urals besetzt wurden, waren es vielfach asiatische Rotarmisten, die mit unfaßbarer Brutalität über die deutsche Zivilbevölkerung herfielen (x025/114).

Manche Soldaten der sowjetischen Panzertruppen, die aus der Ukraine und anderen europäischen Gebieten der UdSSR stammten, warnten gelegentlich sogar die Ostdeutschen (x160/6): >>Die nach uns kommen sind schlecht. ... Nach uns kommen Stalin-Schüler ...<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1954 über die systematische Vorgehensweise während der sowjetischen "Befreiungsmission" (x001/138E-139E): >>Der Umstand, daß die Abtretung beträchtlicher Teile Ostdeutschlands an Polen und die Ausweisung der in diesen Gebieten lebenden Deutschen spätestens seit Anfang 1944 von den Alliierten geplant und über diese Vorhaben bereits Monate vor Kriegsende zwischen den Großen Drei grundsätzliche Einigkeit erzielt worden war, hat die seit Anfang Januar 1945 nach Ostdeutschland eindringende Rote Armee und die nachfolgenden polnischen Behörden von vornherein dazu bestimmt, der Ausweisung möglichst gründlich vorzuarbeiten, ehe diese selbst vollzogen werden konnte.

Hatte doch Marschall Stalin schon in Jalta zur Beschwichtigung Churchills erklärt, daß nur wenige Deutsche zurückbleiben würden, wenn sowjetische Truppen nach Ostdeutschland vordrängen.

Daran wird deutlich, daß die Flucht der ostdeutschen Bevölkerung, ja möglicherweise ihre Forcierung durch entsprechend radikales Vorgehen der russischen Truppen bereits ganz bewußt in Hinsicht auf die spätere Ausweisung als eine begrüßenswerte Vorarbeit angesehen wurde, und es ist sehr wahrscheinlich, daß auch bei späteren sowjetischen Maßnahmen, wie der Deportation von Hunderttausenden ostdeutscher Zivilpersonen nach der Sowjetunion, der Gesichtspunkt eine Rolle spielte, durch eine Verringerung der Anzahl der noch östlich der Oder und Neiße lebenden Deutschen die künftige Ausweisung zu erleichtern. ...

... Fest steht in jedem Falle, daß schon das Vorgehen der Roten Armee, das die panische Massenflucht der deutschen Ostbevölkerung bewirkte, eine Austreibung mit anderen Mitteln war und daß erst recht die zahllosen Übergriffe, Erniedrigungen und Gewalttaten, die die ostdeut-

sche Bevölkerung unter der Herrschaft von Russen und Polen über sich ergehen lassen mußte, der schließlichen Austreibung in jeder Weise vorgearbeitet haben.

Dies gilt insofern, als während dieser Zeit zahllose Deutsche zugrunde gingen, als die Mehrzahl der Überlebenden auf eine Stufe bloßen Vegetierens herabgedrückt wurde, als die innere Entfremdung von der Heimat durch Verlust des Eigentums, Entzug des Rechtsschutzes und der Existenzmöglichkeiten bei der großen Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung schon erreicht war, ehe mit der Ausweisung der letzte Schritt getan wurde. ...<<

Der deutsche Schriftsteller Jürgen Thorwald (1915-2006) stellt später in seinem Buch "Die große Flucht" folgerichtig fest, daß es sich bei diesen "Flucht- und Vertreibungsverbrechen" nicht um zufällige Einzelaktionen rachsüchtiger Soldaten und Zivilisten handelte, sondern um eine neuartige Form staatlich gelenkter Liquidationspolitik (x027/91): >>Die schlimmste Anklage gegen die Sowjetunion wird bleiben, daß sie sich dieser brutalen und unmenschlichen Propaganda und ihrer Folgen nach dem Betreten des deutschen Bodens bediente, um einen vorgefaßten Plan zu verwirklichen. Das Geschehene in den Gebieten rechts der Oder war nicht das zufällige Ineinanderlaufen unzähliger Einzelaktionen aus dem Haß und dem Rachedurst und der Gier blindwütig gewordener Soldaten, sondern ein wohlvorbereitetes System zur Dezimierung und Vertreibung der Deutschen aus diesem Gebiet.

Die Rote Armee hatte bewußt auf einen Verwaltungsapparat in diesem Gebiet verzichtet, weil es unumstößlicher Beschluß war, diese Gebiete für immer von Deutschland zugunsten eines sowjetfreundlichen Polen abzutrennen. Deswegen hatte sie nicht das geringste Interesse daran, in diesem Gebiet das Leben zu normalisieren. Es war für sie beschlossene Sache, den Polen zwar den Raum, aber möglichst keine Reichtümer zu überlassen. In jeder Stadt und in jedem Dorf Schlesiens wurden daher sofort nach der Eroberung Lager eingerichtet, die der Erfassung des Beutegutes dienten. ...<<

Alfred Grosser (französischer Politologe und Publizist) schrieb zum Thema "Urheber von Gewaltmaßnahmen" (x075/27): >>Es ist gerechtfertigt, Leiden und Tod genauer ins Auge zu fassen, wenn sie von einer politischen Macht ausgehen oder in ihrem Namen geschehen, als wenn sie von einem einzelnen oder einer Gruppe einem anderen einzelnen oder einer anderen Gruppe zugefügt werden.

Auch in Fällen von Lynchjustiz haben die Machthaber nur selten ihre Hände nicht im Spiel. Auch ein Pogrom kommt selten "spontan" zustande. Und dem Verbrechen von oben entsprechen oft die Verbrechen von unten. ...<<

Im April 1945 erklärt Stalin während eines Gespräches mit dem jugoslawischen General der Volksbefreiungsarmee Milovan Djilas (x029/307): >>Sie haben eine Idealvorstellung (von) der Roten Armee. Und sie ist nicht ideal, und kann es auch nicht sein, auch nicht, wenn sie nicht einen bestimmten Prozentsatz an Kriminellen umfassen würde:

Wir haben die Zuchthäuser geöffnet und alle in die Armee abkommandiert. Die Rote Armee ist nicht ideal. Hauptsache ist es, daß sie gegen die Deutschen kämpft - und dies tut sie recht gut - alles andere spielt ja keine Rolle. ...<<

Lew Kopelew (1912-1997) berichtet später über die sowjetische Befreiungsmision in Ostpreußen (x037/135-136): >>Es waren bestimmt zu einem großen Prozent Berufsverbrecher. Wir bekamen dort an der 2. Belorussischen Front zu Beginn des Jahres 45 in den ersten Januartagen zur Auffüllung 10 oder 11 sog. Strafkompagnien. Jede bestand aus nicht weniger als 1.000 Mann. Sie kamen aus Straflagern. Es waren keine politischen Gefangenen. Es waren bestenfalls Gewohnheitsverbrecher, aber auch Berufsverbrecher. ...

Diese Strafkompagnien, die man aus den Lagern holte, Freiwillige selbstverständlich, da hieß es: die erste Wunde, und Du bist frei von allem, und Du bist ein voll mit allen Bürgerrechten versehener Staatsbürger. Nach der ersten Verwundung oder nach der Erfüllung des Auftrages. Und die meisten waren eben richtige Berufsdiebe oder von ihnen bereits in Lagern erzogene

junge Menschen. Die bildeten solche Trupps von "Versprengten". ...

Außerdem waren es viele junge Menschen. Junge Menschen, die eingezogen waren, aus den früheren deutsch besetzten Gebieten. ... Es waren junge Menschen, die mit 17, 18, 19 Jahren kamen, die die Okkupation erlebt haben und nicht die beste Erinnerung daran hatten, und die nichts gelernt haben außer Schießen, Stechen, Eingraben, Töten, sich vor dem Tod irgendwie zu verbergen. ...

Die wurden von den älteren Genossen mitgenommen. Es galt als, nun wie sagt man, es galt als Kavaliersdelikt, und das war noch schrecklicher. Berufsdiebe, Berufsverbrecher, na ja, schlimm, daß sie da waren. Aber die Gefährlichsten, die schlimmsten schienen eben diese zu sein. Oder ganz gewöhnliche Spießer, kleine Geister, die plötzlich das erlebten, was Dostojewski mit Schrecken vorausgeföhlt hat: Alles gestattet.

Und stell dir vor, was wird später aus unseren Soldaten, die zu Dutzenden über eine Frau herfielen? Sie kommen zurück in unsere Städte, zu unseren Mädchen. Das ist schlimmer als jede Schande. Das sind hunderttausende von Verbrechern, künftigen Verbrechern, grausame und dreiste - mit den Ansprüchen von Helden. ...<<

US-General Frank A. Keating schreibt später über das Verhalten der sowjetischen Soldaten (x028/89-90): >>Als die ersten russischen Truppen in Berlin einmarschierten, behandelten sie die Zivilbevölkerung mit tiefer Verachtung und setzten ihren Willen durch, um ihren Stolz und ihre Begierden mit rücksichtsloser Unbeherrschtheit zu befriedigen. In vielen Fällen war ihr hemmungsloses Treiben dem der barbarischen Horden von Dschingis-Khan zu vergleichen. ...<<

Der deutsche Journalist und Schriftsteller Arno Surminski schreibt später über die "sowjetische Befreiungsmission" (x039/71-72): >>Wie ist es zu dieser Katastrophe im deutschen Osten gekommen? Der Anstoß zu den Ereignissen des Winters 1945 wurde im Sommer 1941 gegeben, als Deutschland die Sowjetunion überfiel. ...

In der Zwischenzeit war der Haß eskaliert. Die NS-Propaganda hatte die Bewohner Osteuropas zu barbarischen Untermenschen erklärt, 1945 wurde dieser Überheblichkeitswahn auf grausame Weise bestraft.

Die häufigste Erklärung für das Drama gipfelt in der Feststellung: Wer Wind sät, wird Sturm ernten. Der Satz soll besagen, daß die Schrecken, mit denen die Rote Armee in Ostdeutschland Einzug hielt, nur eine Antwort auf jene Schrecken waren, die die Deutschen nach Rußland getragen hatten.

Allein mit dieser Formel dürfen wir uns nicht zufrieden geben, sie wäre zu bequem. Schließlich gab es im Zweiten Weltkrieg auch andere Sieger, bei denen die Deutschen ebenfalls Wind gesät hatten, ohne gleich Sturm zu ernten. Außerdem ist da noch der Anspruch der Sieger des Zweiten Weltkrieges, die bessere, die menschlichere Seite vertreten zu haben. Wer mit solchen Ansprüchen in die Geschichte eingehen will, muß es sich gefallen lassen, daß seine Taten gewogen und geprüft werden.

Die Rote Armee des Zweiten Weltkrieges war eine fast geschlagene Armee, die plötzlich das Blatt wenden, und als Sieger in feindliches Land einrücken konnte. Wie wir heute aus Tagesbefehlen und Flugblättern wissen, ist die Kampfmentalität der Soldaten mit dem Versprechen auf Beute, Frauen und Alkohol angefacht worden. ...

Wer Frauen als Beute verspricht, kann den einrückenden Soldaten später, wenn es um die Beute geht, nicht Disziplin und Ordnung vorschreiben. ...

Viele Soldaten der Roten Armee waren sich nicht der Tatsache bewußt, etwas von der Norm Abweichendes, Unrechtes gegenüber der deutschen Zivilbevölkerung zu tun. Um das zu verstehen, ist ein Blick in die Geschichte der Sowjetunion erforderlich. In den Wirren von Revolution und Bürgerkrieg sind Millionen russischer Menschen umgekommen. Danach folgten entsetzliche Hungersnöte und politische Säuberungen. Zwangsarbeit, also das, was die Deut-

schen nach dem Kriege als Verschleppung erfahren mußten, war für die russischen Menschen nichts Ungewöhnliches.

Der Archipel Gulag wurde schon in Friedenszeiten zu einer furchtbaren Realität. Das Leben der Sowjetmenschen war in der Stalinzeit wohlfeil (billig bzw. wertlos), was übrigens auch die russischen Kriegsgefangenen erfahren mußten, die von der Roten Armee aus deutscher Hand befreit wurden. Ihr Schicksal war nicht viel angenehmer als das der Deutschen.

Wenn schon dem eigenen Volk ein solcher Blutzoll abverlangt wird, wie sollte da Anlaß bestehen, Direktiven über die angemessene Behandlung der deutschen Zivilbevölkerung herauszugeben? Warum den Feind mehr schonen als die eigenen Leute? ...

Die Sowjetunion hat in der Zeit ihres größten militärischen Triumphes ihre schwerste moralische Niederlage erlitten. Wie eine unsichtbare Wand des Mißtrauens liegen die Ereignisse von 1945 zwischen der Sowjetunion und den europäischen Ländern. Es sind übrigens nicht die Deutschen allein, die mit Schauern an die Befreiung im Jahre 1945 zurückdenken. ...

Millionen Menschen stellen folgende simple Überlegungen an: Wenn ein System, das die Menschheit befreien und beglücken will, mit einer solchen Brutalität über andere Menschen herfällt, kann an ihm etwas nicht stimmen.

Unverständlich bleibt, warum die Sowjetunion im Jahre 1956, als sie mit Stalin abrechnete, nicht bereit war, die düsteren Seiten des Sieges von 1945 aufzuarbeiten. Es hätte einen glaubwürdigen Neubeginn gegeben, wenn die neue Führung die Übergriffe des Jahres 1945 eingeräumt und bedauert hätte, statt an dem Propagandabild des als Befreier umjubelten Sowjetsoldaten festzuhalten, eine Bild, das Karikatur bleiben muß, solange es Augenzeugen gibt. ...

Was wäre geschehen, wenn die Rote Armee die Nazi-Propaganda eindrucksvoll widerlegt hätte, wenn sie als eine Armee des humanen Kommunismus in Europa eingezogen wäre? Die Landkarte Europas hätte heute ein anderes Gesicht. ...<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtet später über den Einmarsch der Roten Armee und die Motive der sowjetischen Gewalttäter (x160/6-7): >>Zu jedem Verbrechen gehört ein Motiv.

Im Bundesarchiv in Koblenz haben sich Historiker daher die Mühe gemacht, die Motive der Vertreibungsverbrechen mit wissenschaftlichen Methoden anzugeben. Dabei zeigen sich interessante Ergebnisse. Gewisse Teile der Roten Armee haben massenhafte Verbrechen begangen, andere fast gar keine. Es wurde nun gefragt: Wie sahen die Einheiten aus, die zu Verbrechen neigten? Die Antwort war verblüffend einfach: Je mehr Kommunisten und Komsomolzen, desto mehr Verbrechen. Oft warnten die weniger indoktrinierten Verbände sogar die Zivilbevölkerung ausdrücklich: "Die nach uns kommen sind schlecht. Nach uns kommen Stalin-Schüler."

Weiter wurde gefragt: Was war es denn, das die Stalinschüler bei ihrem Lehrmeister lernten? Wieder ist die Antwort einfach: den Haß. Von Mai 1942 bis April 1945 rollte in Moskau eine Haßkampagne, die die Welt in dieser Breite, Dauer und Wucht noch nicht gesehen hatte. "Die Deutschen sind keine Menschen", "Schlag die Deutschen tot", "Es gibt für uns nichts Lustigeres als deutsche Leichen", so tönten Millionen Flugblätter, so schrieben Zeitungen in Millionenauflage, so hörten es Millionen im Radio. Nicht einmal, sondern fast täglich, jahrelang.

Gläubige Christen kennen zehn Gebote. Gläubige Kommunisten kannten damals nur ein Gebot: Töte den Deutschen! Allein vom sowjetischen Chefpropagandisten Ehrenburg sind rd. 3.000 Aufrufe zum Haß bekannt.

Aber war nicht der Haß das Ergebnis des deutschen Überfalls? Starben nicht im Zweiten Weltkrieg 20 Millionen Sowjetbürger? Nun, die 20 Millionen sind keine Propagandabeauptung; die Zahl stimmt. Was die Propaganda verschweigt, ist die Tatsache, daß weit über die Hälfte dieser Menschen nicht Hitler-, sondern Stalin-Opfer sind. Bei Hitlers Einmarsch wurde Stalin von panischer Angst vor Rebellion und Umsturz ergriffen. Er wütete wie ein Rasender

gegen verdächtige Russen und gegen die unterdrückten nichtrussischen Völker wie Balten, Ukrainer, Krimtataren etc. und nach dem Rückzug der Deutschen noch einmal gegen echte oder vermeintliche Kollaborateure und Antikommunisten.

Am 16. August 1986 mußte daher die "Neue Zürcher" bemerken: "Für Statistiker bleibt der Verdacht bestehen, daß die heute immer wieder genannte Zahl von 20 Millionen Kriegstoten auch die Opfer von Säuberungen einschließt, zumal Stalin selbst 1946 von 7 Millionen sprach und die wenige Jahre später erschienene "Große Sowjetenzyklopädie" sie auf 10 Millionen bezifferte."

Freilich bestand die Besatzungspolitik der Nationalsozialisten im russischen Hinterland meist unter den Fixsternen von Dünkel, Dummheit und Brutalität. Wer wollte das ernsthaft bestreiten? Trotzdem, wer beim heutigen Stand der Wissenschaft behauptet, die Mehrzahl der Verbrechen der Roten Armee in Ostdeutschland sei rein spontan geschehen, muß sich mit einer Reihe von Fragen auseinandersetzen, z.B.:

1. Wozu die jahrelange Haßkampagne, wenn die Sowjetsoldaten sowieso schon alles Deutsche ausmerzen wollten?
2. Warum haben sich einzelne Einheiten halbwegs korrekt verhalten und andere nicht, obwohl doch alle etwa die gleichen Erfahrungen mit der NS-Besatzung gemacht hatten?
3. Warum hat man an der deutschen Grenze Schilder aufgestellt: "Rotarmist, du stehst jetzt auf deutschem Boden - die Stunde der Rache hat geschlagen!"
4. Warum wurde die offizielle Haßpropaganda schlagartig gestoppt, als die Oder-Neiße-Linie erreicht war?

Die letzte Frage dürfte die vorangegangenen beantworten. Die Mehrheit der seriösen Historiker ist sich heute wohl einig, daß es Stalin in erster Linie darum ging, in den Vertreibungsgebieten vollendete Tatsachen zu schaffen. Man kann den historischen Tatbestand auf die kurze historische Formel bringen: Die Vertreibungsverbrechen waren keine Häufung von Ausschreitungen, sondern eine neuartige Form staatlich gelenkter Liquidationspolitik.<<

Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtet später über Stalins Haßkampagne (x046/282-286,328): >>... Es war ... durchaus nicht etwa so, daß, wie in Fortführung der Sowjetpropaganda auch heute noch kolportiert wird, die Sowjetsoldaten von vornherein erfüllt gewesen wären von infernalischen Haß- und Rachegefühlen, sondern solche Gelüste mußten in ihnen systematisch, mit Vorbedacht und kaltem Kalkül erst hervorgerufen werden.

Die Rotarmisten wurden aufgehetzt in ganz bestimmter Absicht. Denn Stalin und die militärische und politische Führung der Roten Armee waren sich sehr wohl des oft mangelnden 'Sowjetpatriotismus' und der zunehmenden Kriegsmüdigkeit der Sowjetsoldaten bewußt, und da man nicht an die höheren menschlichen Empfindungen appellieren konnte, mußten die niederen Instinkte geweckt werden, um ein maximales Maß an Kampfanstrengungen zu erzielen.

Die "Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion" macht keinen Hehl daraus, "daß man keinen Feind besiegen kann, wenn man ihn nicht aus vollster Seele haßt". Aus diesem Grunde sei es eine der wichtigsten Aufgaben der politischen Arbeit, der Kommandeure und Politarbeiter gewesen, die Sowjetsoldaten zu einem "glühenden Haß gegen die faschistischen Okkupanten" zu erziehen. Und zu diesem Ziel waren denn auch die verwerflichsten Mittel recht. ...

Dem Eindringen der Truppen der Roten Armee in Deutschland war eine "systematische, propagandistische Aufwiegelung" vorausgegangen, "in der der Haß gegen alles Deutsche in einer bisher unvorstellbaren Weise" angefacht werden sollte, wie der Chef der Abteilung Fremde Heere Ost des Generalstabes des Heeres, Generalmajor Gehlen, nach Analyse der erbeuteten sowjetischen Dokumente am 22. Februar und 23. März 1945 feststellte.

Es war aber nicht nur die Agitation des politischen Apparates, die die Sowjetsoldaten dazu

aufrief, grausame Rache zu nehmen. Die militärischen Kommandobehörden standen demselben in keiner Weise nach. Auch von seiten der Stäbe der Fronten und Armeen waren Tagesbefehle ergangen, deren Inhalt allgemein als Aufforderung zum 'Morden und Rauben' ausgelegt und aufgefaßt werden mußte. Der durchschnittliche Rotarmist wurde jedenfalls nicht in Zweifel darüber gelassen, daß er in Deutschland freie Hand haben würde und mit der Zivilbevölkerung und ihrem Besitz nach Belieben umspringen könne. ...

... Die Überschreitung der Reichsgrenze wurde nunmehr zum Anlaß genommen, um die Sowjetsoldaten mit der von der Sache her unzutreffenden Behauptung aufzuputzen, die deutschen Soldaten hätten "das russische Kind gemordet, die Frau, Braut und Schwester vergewaltigt, die Mutter und den Vater erschossen".

"Die Qualen der Gemordeten, das Stöhnen der lebendig Begrabenen, die unstillbaren Tränen der Mutter", so der Kriegsrat der 3. Weißrussischen Front in seinem Tagesbefehl, "fordern Euch zu schonungsloser Rache auf. ... Möge der blutrünstige, verhaßte Feind, der uns so viel Leid und Qualen zugefügt hat, erzittern und in den Strömen seines eigenen schwarzen Blutes ertrinken".

Wenn, wie hier deutlich wird, schon die führenden Kommandobehörden die Begehung von Racheakten jetzt als 'heilige Pflicht' hinstellten, dann war es nicht verwunderlich, daß erst recht die nachgeordneten Befehlsstellen "die sinnlosen Greuel und Zerstörungen nicht nur gedeutet, sondern die ihnen unterstellten Truppenteile dazu noch aufgefordert" haben.

So beispielsweise wurde im Auftrage des Divisionskommandeurs, Oberst Eliseev, im 1. Bataillon des Schützenregimentes 557 der 153. Schützendivision zu Anfang Oktober 1944 folgendes bekanntgegeben:

"Wir marschieren nach Ostpreußen. Den Rotarmisten und den Offizieren werden folgende Rechte eingeräumt:

1. Jeden beliebigen Deutschen zu vernichten,
2. Plünderungen des Eigentums,
3. Vergewaltigung der Frauen,
4. Brandschatzung,
5. Die Soldaten der ROA (eine russische Befreiungsarmee) werden nicht gefangengenommen. Jede Patrone ist für sie unnütz. Sie werden erschlagen bzw. mit den Füßen zertrampelt. ..."

Was sich im Herbst 1944 in Ostpreußen an "Übergriffen und bestialischen Greuelthaten" abgepielt hatte, waren auch keine Einzelercheinungen, vielmehr wiederholten sich diese Vorgänge in riesigem Maßstabe in den deutschen Ostprovinzen nach Beginn der sowjetischen Winteroffensive am 13. Januar 1945.

Niemand wird einen Heeres- oder Truppführer tadeln können, wenn er in der zu diesem Zweck immer leicht phrasenhaften Sprache von Tagesbefehlen seine Soldaten vor entscheidenden Kämpfen zu Tapferkeit und unbedingtem Siegeswillen aufruft.

Wenn aber, wie geschehen, der Oberbefehlshaber der 1. Weißrussischen Front, Marshall Shukow, an die niedersten Haß- und Rachegefühle appellierte, wenn er fast unverhüllt und im Wissen darum, zur Begehung von Gewaltakten an der Zivilbevölkerung aufforderte, dann setzte er sich nicht zuletzt auch in Widerspruch zu den Traditionen des russischen Heeres. Gerade ein Vorbild russischen Soldatentums wie der Kaiserlich Russische Feldmarschall Graf Suvorov-Rymnikskij ... hatte, so etwa bei Warschau 1794, den Wehrlosen und Besiegten gegenüber immer Großmut und Schonung walten lassen und seine Truppen bei jeder Gelegenheit an die Soldatentugenden erinnert. ...<<

>>... Nach dem Eindringen der Sowjettruppen in das deutsche Reichsgebiet im Oktober 1944 waren es dann nicht nur wehrlose Kriegsgefangene allein, sondern auch deutsche Zivilpersonen, Männer, Frauen und Kinder, die der aufgehetzten Soldateska zum Opfer fielen. Mindestens 120.000 von ihnen sind erschlagen worden, 100.000–200.000 weitere in Gefängnissen

und Lagern zugrundegegangen. Mehr als 250.000 Zivilpersonen starben als Arbeitssklaven während oder nach der Deportation in die Union Sozialistischer Sowjetrepubliken und, unzählige andere, in Königsberg allein 90.000, sind verhungert.

Insgesamt wurde in den späteren 'Vertreibungsgebieten' eine Zahl von 2,2 Millionen 'ungeklärter Fälle' geschätzt, die in ihrer Mehrheit bei weiterer Begriffsauslegung als "Verbrechensopfer", das heißt als Opfer des antideutschen Genozids, anzusehen sind. ...<<

Włodzimierz Borodziej (Prof. für Zeitgeschichte an der Universität Warschau und polnischer Co-Vorsitzender der deutsch-polnischen Schulbuchkommission) schreibt später über die sowjetischen Gewalttaten östlich der Oder-Neiße-Linie (x294/92): >>... Ungeachtet der hohen Verluste hatten die Deutschen gute Gründe, vor der Roten Armee zu fliehen. Die Sowjets zahlten der Zivilbevölkerung vielerorts heim, was ihre Heimat in den letzten Jahren von den Besatzungstruppen erlitten hatte. Es gab Massenerschießungen und –vergewaltigungen, Auskämmung von ganzen Orten und Verschleppung zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion, Raub und Plünderung; überall wurden deutsche Konzentrationslager übernommen und mit "verdächtigen Elementen" neu aufgefüllt.

Umsichtige Schätzungen gehen davon aus, daß östlich von Oder und Neiße infolge der Verbrechen und Sicherungsmaßnahmen der Sowjets über 200.000 Zivilisten zu Tode gekommen sind. Überraschenderweise dürfte die Mehrheit von ihnen aber nicht vor Ort gestorben sein, sondern infolge der Deportationen in das sowjetische Hinterland, wo sie als Zwangsarbeiter eingesetzt wurden. ...<<

Der deutsche Historiker Gerhard Hümmelchen schreibt später über den Zusammenbruch der nationalsozialistischen Herrschaft 1944/45 (x051/659-660): >>Zusammenbruch, allgemein üblich gewordene Umschreibung für den politisch-moralischen Kollaps der nationalsozialistischen Herrschaft 1944/45 und damit für den Untergang des deutschen Einheitsstaates; im engeren Sinne Bezeichnung für die militärische Niederlage der deutschen Wehrmacht:

An der Ostfront war die Rote Armee Ende Januar 45 an der Oder stehen geblieben und rüstete sich für den letzten Schlag. Im Südosten mußte die ungarische Hauptstadt Budapest am 13.2. nach vergeblichen Entsatzversuchen kapitulieren. Breslau war ab dem 15.2. eingeschlossen und mußte aus der Luft versorgt werden. Schwache deutsche Gegenangriffe in Pommern (Februar) und Niederschlesien (März) scheiterten ebenso wie sowjetische Versuche, den seit 10.10.44 von allen Landverbindungen abgeschnittenen Kurlandbrückenkopf zu zerschlagen. Königsberg kapitulierte am 9.4., Wien fiel am 13.4., zwei Tage später stellte die Rote Armee im Südosten bei St. Pölten ihren Vormarsch ein.

Nach Eroberung von Pommern und Abschnürung der Danziger Bucht traten die Sowjets am 16.4. an der Neiße und aus den Oder-Brückenköpfen zur Schlußoffensive an, am 20.4. auch an der unteren Oder zur Eroberung Mecklenburgs. Am gleichen Tag begannen sie mit der Beschießung des Stadtzentrums von Berlin.

Fünf Tage später vereinigten sich westlich von Berlin sowjetische Panzerverbände und vollendeten die Einschließung der Reichshauptstadt. Ein Entsatzversuch der 12. Armee (Wenck) von Westen her scheiterte bis 28.4. Hitler war im Bunker unter der Reichskanzlei geblieben, wo er am 30.4. Selbstmord beging, nachdem er Großadmiral Dönitz zu seinem Nachfolger ernannt hatte. Berlin kapitulierte am 2.5., während sowjetische Panzerverbände in Rostock einrückten. Breslau hielt (sich) noch bis zum 6.5. Als letzter Großverband der Wehrmacht kapitulierte die Heeresgruppe Kurland mit 208.000 Mann am 10.5.45.

An der Südfront erreichten die Alliierten am 21.4.45 Bologna. Damit war der Weg in die Ebene des Po frei, den die Angloamerikaner drei Tage später auf breiter Front überschritten. Am 29.4. kapitulierte die deutsche Heeresgruppe C mit zwei Armeen (250.000 Mann). Der Italienfeldzug hatte 47.000 Gefallene und 170.000 Verwundete gekostet.

Im Westen kam die alliierte Gegenoffensive im Januar/Februar 45 nach dem Schock der Ar-

dennenschlacht (Invasion) nur schwerfällig in Gang. Am 7.3. fiel Köln und bei Remagen überschritt die 1. US-Armee den Rhein über eine intakt gebliebene Brücke, am 24.3. folgte ein britischer Übergang bei Wesel.

Bis 25.3. hatten die Alliierten das gesamte linke Rheinufer erobert, schlossen vom 1.4. an im Ruhrgebiet die Heeresgruppe B (Model) ein, die bis 18.4. kapitulierte. Vier Tage später überschritt die 3. US-Armee die tschechische Grenze, am 30.4. rückte die 7. US-Armee in München ein, am 19.4. war Leipzig erreicht worden, und am 25.4. hatten sich amerikanische Einheiten mit Truppen der Roten Armee bei Torgau an der Elbe berührt. Im Norden besetzten die Briten am 26.4. Bremen, am 2.5. Lübeck und Schwerin und am 3.5. Hamburg.

Am 4.5. kapitulierten die deutschen Streitkräfte in Nordwestdeutschland und den Niederlanden. Drei Tage später wurde im Hauptquartier Eisenhowers in Reims und am 8.5. im sowjetischen Hauptquartier in Berlin-Karlshorst die Bedingungslose Kapitulation der Wehrmacht unterzeichnet. Der Zweite Weltkrieg in Europa war zu Ende, das Deutsche Reich nach Verhaftung der Regierung Dönitz (23.5.) und Junideklaration (5.6.) der Alliierten untergegangen. Deutschlands künftiges Schicksal wurde zwar einem Friedensvertrag vorbehalten, de facto aber im Potsdamer Abkommen bereits auf Dauer geregelt.<<